

Bern, 10. Dezember 2014

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Verhandlungen über Personenfreizügigkeit: EU bleibt stur

Die Schweiz hatte letzten Juli die Verantwortlichen der EU für Verhandlungen zur Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommens gebeten. Nun wird die blossе Anfrage erneut in überheblicher Manier zurückgewiesen, sodass jegliche Änderung des Abkommens von vornherein unmöglich ist. Die entsprechende Antwort enthält auch die üblichen Drohungen, Forderungen und Rügen. Ein maximales Krätemessen in dieser Weise gehört jedoch zum Grundsatz einer erfolgreichen Verhandlungstechnik. Ein solches Gebaren kann daher ohne Besorgnis zur Kenntnis genommen werden, zumal die Schweiz etliche gemeinsame Vereinbarungen (unter anderem „Horizon 2020“ und „Erasmus +“) nicht zwingend benötigt und die EU selbst aufgrund eigener Vorteile an einigen Abkommen (unter anderem Landverkehrsabkommen) festhalten will. Punkto Personenfreizügigkeit verlangen die Schweizer Demokraten (SD) jetzt endlich die längst fällige Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative mittels Kündigung dieses Abkommens.

Schweizer Demokraten (SD)
Adrian Pulver
SD-Geschäftsführer